
Vorsitz: Vereinigte Staaten von Amerika

970. PLENARSITZUNG DES FORUMS

1. Datum: Mittwoch, 17. März 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 15.25 Uhr

2. Vorsitz: D. Pappas
C. Austrian

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte die Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/2/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: VERTRAUENS- UND SICHERHEITSBILDUNG BEI STRATEGISCHER MEHRDEUTIGKEIT

- *Interaktive Simulation, präsentiert von S. Rybski, Direktorin für Ausbildung und Übungen, Europäisches Kompetenzzentrum für die Abwehr hybrider Bedrohungen*
- *Diskussion, moderiert von R. Hindren, Leiter Internationale Beziehungen, Europäisches Kompetenzzentrum für die Abwehr hybrider Bedrohungen*
- *Abschlusspräsentation von D. Roh, Acting Principal Director, Office of the Deputy Assistant Secretary for Special Operations & Combatting Terrorism, Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten von Amerika*

Vorsitz, S. Rybski (FSC.DEL/104/21 OSCE+), R. Hindren, Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika, Finnland, Russische Föderation, Vereinigtes

Königreich, Türkei (FSC.DEL/93/21), Georgien (FSC.DEL/96/21 OSCE+),
D. Roh (FSC.DEL/83/21 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in und um die Ukraine*: Ukraine (FSC.DEL/86/21) (FSC.DEL/86/21/Add.1), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/89/21), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/88/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Russische Föderation (Anhang 1)
- (b) *Nicht angekündigte groß angelegte Militärübung in Aserbaidschan*: Armenien (Anhang 2), Aserbaidschan (Anhang 3), Türkei (Anhang 4)
- (c) *Militärübungen in der Russischen Föderation im März 2021*: Russische Föderation (Anhang 5)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Gebertreffen für Südosteuropa am 24. März 2021*: FSK-Koordinator für Hilfsprojekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Österreich)
- (b) *Aufruf zur Einreichung von Beiträgen für den zweiten Essay-Wettbewerb von OSZE und IFSH 2021 zum Thema konventionelle Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen für Studierende und Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger*: Vertretung des Konfliktverhütungszentrums (Anhang 6)
- (c) *Bericht über das einunddreißigste Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung, das am 2. und 3. März 2021 als Videokonferenz stattfand*: Montenegro (Anhang 7)
- (d) *Finanzielle Beiträge zum e-Learning-Projekt des FSK und zum Projekt „System für Informationsmanagement und Berichterstattung (iMARS)“ für die Sammlung und Verarbeitung ausgetauschter militärischer Informationen und die Berichterstattung darüber*: Schweden, Vertretung des Konfliktverhütungszentrums
- (e) *Nationale Militärübung „Response 2021“ am 17. und 18. April 2021 in Serbien*: Serbien (Anhang 8)
- (f) *Verteilung des ersten vollständigen Entwurfs zu einem „Praxisleitfaden für die Durchführung von UNSCR 1540 – ein OSZE-Handbuch vorgeschlagener Durchführungsverfahren“ und Einladung zu einem Treffen des informellen Freundeskreises zu UNSCR 1540 am 27. April 2021 (FSC.DEL/82/21 Restr.)*: FSK-Koordinator für Fragen der Nichtverbreitung (Belarus)

(g) *St. Patrick's Day am 17. März 2021: Irland*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 24. März 2021, um 11.00 Uhr über Videokonferenz

970. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 976, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

die Delegation der Russischen Föderation hat in den Plenarsitzungen des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) wiederholt erklärt, dass die Frage, zu welchem Land die Republik Krim und die Stadt föderalen Ranges Sewastopol gehören, endgültig erledigt ist und nicht zur Diskussion steht. Dennoch möchte ich angesichts der eindeutig wahnhaften Erklärungen, die heute von einer Reihe von Teilnehmerstaaten zu hören waren, Folgendes klarstellen.

In dieser Woche begehen wir in unserem Land ein bedeutendes, wahrhaft epochales Ereignis, nämlich den siebten Jahrestag der Wiedervereinigung der Krim mit dem übrigen Russland. Ich erinnere daran, dass am 16. März 2014 in einer freien demokratischen Willensbekundung 96,77 Prozent der Bevölkerung der Krim für eine Rückkehr in ihren „Heimathafen“ gestimmt haben. Am 18. März 2014 wurde der Vertrag über den Beitritt der Krim und Sewastopols zur Russischen Föderation unterzeichnet.

Gegenwärtig kann man mit Fug und Recht behaupten, dass die Integration der Krim in den gemeinsamen politischen, rechtlichen und sozioökonomischen Raum Russlands abgeschlossen ist. Russland übt rechtmäßig und im Einklang mit seiner Verfassung die staatliche Souveränität über das Hoheitsgebiet der Halbinsel Krim aus, wozu auch Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes gehören. Die Krim gehört zu den Regionen Russlands, die sich am dynamischsten entwickeln. Wir laden unsere geschätzten Kolleginnen und Kollegen ein, die Halbinsel zu besuchen und sich selbst ein Bild davon zu machen, wie deren Bevölkerung hinter der freien Entscheidung steht, die sie im März 2014 getroffen hat.

Lassen Sie mich nun, Frau Vorsitzende, direkt auf das gegenständliche Thema zu sprechen kommen – die politisch-militärische Lage in der Ukraine.

Die Russische Föderation ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Spannungen an der Kontaktlinie im Donbass. Seit November letzten Jahres nehmen Häufigkeit und Anzahl des Artilleriebeschusses in bestimmten Gebieten in den Regionen Donezk und Lugansk durch die ukrainischen Streitkräfte immer mehr zu. Es gab Tote unter der Zivilbevölkerung und massive Schäden an der zivilen Infrastruktur. Das ukrainische Militär setzt vermehrt Mörser

verschiedenen Kalibers ein, und es gibt Berichte über Raketenartillerieangriffe auf die nördlichen Außenbezirke von Donezk.

Das sind keine Verstöße als Reaktion auf Provokationen und auch keine zufälligen Verstöße. Es sind vorsätzliche Handlungen, die mit dem Einverständnis der ukrainischen Behörden durchgeführt werden. Man erinnere sich nur an die Aussage des Sekretärs des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksiy Danilov, vom 19. Februar dieses Jahres, dass das ukrainische Militär „sofort entscheiden könne“, das Feuer im Donbass zu eröffnen.

Die OSZE-Sonderbeobachtermission (SMM) in der Ukraine hat bestätigt, dass zusätzliche Kräfte und Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte über Eisenbahnknotenpunkte an die Kontaktlinie verlegt und militärisches Gerät in Wohngebieten in Stellung gebracht wurden. Seit Mitte Februar haben die Beobachtenden mindestens 300 Panzer und andere Waffensysteme der ukrainischen Streitkräfte, darunter auch großkalibrige Systeme, außerhalb ihrer ausgewiesenen Lagerungsstätten registriert. Es würde mich schon sehr interessieren, von der Delegation der Ukraine zu erfahren, worauf sich die ukrainische Regierung im Osten des Landes so aktiv vorbereitet.

Die Eskalation der Spannungen im Donbass fällt auf wundersame Weise mit einem Stillstand der Verhandlungen im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) zusammen. Schließlich wurde die ukrainische Seite im November damit konfrontiert, auf die konkreten Vorschläge des Donbass für eine umfassende Beilegung des Konflikts reagieren zu müssen. Doch nach wie vor vermeidet die ukrainische Regierung unter Verletzung der Minsker Vereinbarungen hartnäckig den inhaltlichen Dialog mit den Vertretern von Donezk und Lugansk. In den vergangenen sechs Jahren gab es keine Antwort auf die Frage: Wie genau gedenkt die Ukraine, den Konflikt mit friedlichen, also nicht-militärischen Mitteln zu lösen?

Es sei auch daran erinnert, dass die zusätzlichen Maßnahmen zur Sicherung der Waffenruhe, zu denen sich die ukrainische Delegation bei der TKG nach sechs Monaten zähen Hinhaltens verpflichtet hat, von der ukrainischen Regierung einseitig verworfen wurden. Ein weiterer destruktiver Schritt erfolgte im September, als die ukrainische Seite einen gemeinsamen Mechanismus mit dem Donbass zur Überprüfung von Verstößen gegen die Waffenruhe ablehnte.

Während die ukrainische Regierung weiterhin den von ihr begonnenen Artilleriebeschuss leugnet und behauptet, sie setze die Maßnahmen zur Stärkung der „Waffenruhe“ um, fordert die bewaffnete Auseinandersetzung im Donbass immer mehr Opfer. Laut der Mission der Vereinten Nationen zur Überwachung der Menschenrechtslage in der Ukraine hat der innerukrainische bewaffnete Konflikt seit April 2014 bereits 3 077 Menschenleben gefordert, darunter 148 Kinder. Als einer der Vermittler im Friedensprozess betont Russland, dass eine weitere Fortsetzung der bewaffneten Gewalt im Osten der Ukraine nicht hinnehmbar ist.

Wir können jedoch sehen, dass die derzeitigen ukrainischen Behörden es vorziehen, weder die Bewohnerinnen und Bewohner des Donbass selbst noch deren Vertreterinnen und Vertreter in der TCG zur Kenntnis zu nehmen und mit Unterstützung ihrer externen „Einflüstererinnen und Einflüsterer“ weiterhin das falsche Gerücht über die sogenannte „russische Aggression“ zu verbreiten. Es ist offensichtlich, dass sie sich auf diese Weise nach Kräften bemühen, ihre eigene Untätigkeit und ihr offensichtliches Sabotieren der früher

getroffenen Vereinbarungen über eine innerukrainische Regelung zu vertuschen und die Schuld dafür, den Friedensprozess durch ihre eigenen Aktionen zum Stillstand gebracht zu haben, auf andere abzuwälzen. Dabei setzen sie darauf, dass Russland angeblich eine „Konfliktpartei“ ist und angeblich „bestimmte Verpflichtungen“ aus dem Minsker Maßnahmenpaket hat.

Wir schlagen unseren Kolleginnen und Kollegen vor, einen Blick auf die Rechtsgrundlage der innerukrainischen Regelung zu werfen. Die Konfliktparteien werden ganz eindeutig und unmissverständlich in Absatz 2 des Maßnahmenpakets genannt, der ausdrücklich auf die ukrainischen Truppen und auf die bewaffneten Truppenformationen aus bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Lugansk Bezug nimmt. Mit anderen Worten: Die Bestimmungen dieses Dokuments besagen, dass seine Umsetzung gleichermaßen von einer gemeinsamen und abgestimmten Aktion von nur zwei Parteien – der Ukraine und dem Donbass – abhängig ist. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der das Maßnahmenpaket in der Resolution 2202 vom 17. Februar 2015 einstimmig gebilligt hat, diese ebenfalls als Konfliktparteien anerkannt hat. Es ist also an der Zeit, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, endlich das Material sorgfältig zu analysieren und eine ernsthafte und faktenbasierte Diskussion darüber aufzunehmen, wie die Krise überwunden werden kann.

Frau Vorsitzende,

als Antwort auf die heutigen Erklärungen einiger westlicher Delegationen, die leider die Lage im Donbass verzerrt dargestellt haben, möchte ich betonen, dass es ihre Handlungen zur Unterstützung der destruktiven Schritte der ukrainischen Regierung sind, die eine grundlegende Herausforderung für die europäische Sicherheit darstellen. Unsere Kolleginnen und Kollegen, die die „Bemühungen“ und „Bestrebungen“ der ukrainischen Regierung um eine friedliche Lösung weiterhin mit Lob überhäufen, sind an Zynismus nicht zu überbieten. Vielleicht können sie uns heute in Erinnerung rufen, wer die Straffaktion gegen das eigene Volk eingeleitet hat, weil es sich weigerte, das Ergebnis des blutigen Staatsstreichs in Kiew im Februar 2014 anzuerkennen? Wer lässt seit nunmehr sieben Jahren Kugeln und Granaten auf die eigenen Bürgerinnen und Bürger regnen, anstatt mit ihnen in einen Dialog zu treten?

Für uns ist klar, was wirklich hinter der Taktik steckt, die ukrainische Regierung zu ihrer aggressiven Haltung zu ermutigen. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die westlichen Länder betrachten die Ukraine als nichts anderes als einen Brückenkopf für die „Einhegung“ Russlands und unternehmen systematische Anstrengungen, um einen Spannungsherd in der Nähe unserer Grenzen zu unterhalten.

In diesem Zusammenhang sprechen die Worte der stellvertretenden Ministerpräsidentin der Ukraine für europäische und euroatlantische Integration, Olha Stefanishyna, eine deutliche Sprache; im Zuge eines Treffens mit einer Delegation des Alliierten Landstreitkräftekommandos der Nordatlantischen Allianz (am 10. und 11. März dieses Jahres) sagte sie erst kürzlich, dass „die unschätzbare Erfahrung der Ukraine im Kampf gegen Russland ihr die Möglichkeit gibt, die nächste Etappe ihrer Integration in die NATO in Angriff zu nehmen“.

Die wirtschaftlichen und militärischen Vorteile des Staatsstreichs in Kiew für die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten liegen klar auf der Hand. In den letzten sieben Jahren haben sich die Übungen der NATO-Länder auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine

intensiviert (für dieses Jahr sind acht geplant), und die attraktivsten Wirtschaftszweige des Landes werden von US-amerikanischen und europäischen Unternehmen übernommen. So wird zum Beispiel das Flugzeugwerk in Odessa bald mit der Montage von militärischen Mehrzweckhubschraubern der USA vom Typ Bell UH-1 Iroquois beginnen.

Die ukrainische Armee wird weiterhin von westlichen Ländern finanziert, ausgebildet und mit Waffen und militärischem Gerät aufgerüstet. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Anfang März eine Gruppe von Militärberatern aus dem Vereinigten Königreich ukrainische Stellungen in der Nähe der sogenannten streitkräfteübergreifenden Operation im Donbass besuchte und die Ausbildung der dort stationierten ukrainischen Truppen beurteilte. Es wäre sehr interessant, über diese Beurteilung von unseren geschätzten britischen Kolleginnen und Kollegen zu hören, und sie zu fragen, ob sie sich nicht auch mit der Situation auf der anderen Seite der Kontaktlinie vertraut machen möchten. Das wäre ein echtes Zeichen ihres Wunsches nach einer friedlichen Lösung des innerukrainischen Konflikts auf der Grundlage des Interessenausgleichs zwischen den Seiten.

Frau Vorsitzende,

zusammenfassend möchte ich betonen, dass das Einzige, was die externen „Einflüstererinnen und Einflüsterer“ der gegenwärtigen ukrainischen Regierung tun können und sollten, ist, darauf zu bestehen, dass diese ihren Teil der Minsker Vereinbarungen umsetzt. Wir fordern unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen auf, eng mit ihren „Schützlingen“ zusammenzuarbeiten, damit sie anstelle von bewaffneten Provokationen und verfälschenden Darstellungen der Realität den Dialog mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Ostukraine wieder aufnehmen, wie es der rechtliche Rahmen für eine innerukrainische Regelung vorsieht. Darüber hinaus müssen die Partner angesichts des zunehmenden Artilleriebeschusses von ukrainischer Seite ihren Einfluss geltend machen, um das Wiederaufflammen eines offenen Bürgerkriegs zu verhindern. Ihre derzeitige Haltung, die ukrainische Regierung zu decken, ist nichts anderes als ein Verrat an den Menschen, die in der Konfliktzone leben, und an den viel gepriesenen europäischen Werten, die unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen so gerne im Munde führen.

Wir hoffen aufrichtig, dass es der ukrainischen Führung gelingt, eine Eskalation der Spannungen zu verhindern und zu ihrem Festhalten an der Unterschrift des ukrainischen Staatschefs unter dem Minsker Maßnahmenpaket zu stehen. Als einer der Vermittler zusammen mit der OSZE, Deutschland und Frankreich ist die Russische Föderation bereit, auf jede erdenkliche Weise Hilfestellung bei der Lösung der Lage im Osten der Ukraine zu leisten. Wie der russische Präsident Wladimir Putin erklärt hat, könnte ein Versuch, den Donbass mit Gewalt zurückzuerobern, sehr schwerwiegende Folgen für die ukrainische Eigenstaatlichkeit ganz allgemein haben.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

970. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 976, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Frau Vorsitzende,

am 15. März 2021 begannen die Streitkräfte Aserbaidshans mit einer groß angelegten Militärübung, die morgen, am 18. März, enden wird. Nach offiziellen Angaben des aserbaidshanischen Verteidigungsministeriums sind an der Militärübung bis zu 10 000 Mann, 100 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, 200 Raketen und Artilleriesysteme verschiedenen Kalibers, Mehrfachraketenwerfer und Mörser sowie 30 Heeresflieger und unbemannte Luftfahrzeuge beteiligt.

Nach Kapitel V (Vorherige Ankündigung bestimmter militärischer Aktivitäten) Absatz 40.1.1 des Wiener Dokuments 2011 hätten diese Übungen mindestens 42 Tage vor dem Datum ihres Beginns angekündigt werden müssen, da die Stärke der beteiligten Truppen die Schwelle von 9 000 Mann überschreitet. Wenn darüber hinaus die erklärten guten Absichten Aserbaidshans und die „herzlichen“ Einladungen zur Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen ernst gemeint und realistisch wären, dann hätten diese Übungen unabhängig von der Anzahl der an der Übung beteiligten Truppen notifiziert werden müssen.

Frau Vorsitzende,

dies ist bereits die dritte unangekündigte Militärübung in unserer Region seit der Einstellung der Feindseligkeiten im Angriffskrieg, den Aserbaidshans im September 2020 gegen Arzach und dessen Bevölkerung losgetreten hat. Wir möchten daran erinnern, dass die armenische Delegation hier im FSK im Januar die Delegation der Türkei um der Transparenz willen um Informationen über die Parameter der gemeinsamen türkisch-aserbaidshanischen Militärübung ersuchte, die vom 1. bis 12. Februar in Kars stattfand und übrigens in den türkischen und aserbaidshanischen Medien als die größte Militärübung der Wintersaison bezeichnet wurde, sich die Delegationen der Türkei und Aserbaidshans jedoch weigerten, Informationen zur Verfügung zu stellen und Armenien unisono beschuldigten, die Bemühungen um Stabilität und Sicherheit in unserer Region zu behindern.

Wir stehen weiterhin zu unseren bisherigen Aussagen, dass alle Äußerungen der Delegation Aserbaidshans zum Aufbau von Sicherheit und zur Förderung der Zusammenarbeit in unserer Region nichts anderes sind als der Versuch Aserbaidshans, sich als eine

friedliebende Nation darzustellen. Wenn diese Darstellung Wirklichkeit werden soll, bedarf es mehr als bloßer Worte und Erklärungen, nämlich auch konkreter Taten.

Angeichts der ständigen Beteuerungen Aserbaidshans, zur Anwendung von Gewalt gegen Arzach berechtigt zu sein, und seiner Drohungen, erneut Gewalt anzuwenden, klingen die Aussagen und feierlichen Erklärungen Aserbaidshans besonders hohl. Frieden ist nicht nur ein schönes Wort. Er kann nicht auf der Anwendung oder der Androhung von Gewalt aufgebaut werden. In diesem Zusammenhang lässt die Durchführung unangekündigter groß angelegter Militärübungen mit klaren Angriffszielen, die mit äußerst provozierenden und feindseligen Botschaften einhergehen, die wahren Absichten Aserbaidshans erkennen.

In den letzten Jahren haben unangekündigte Militärübungen Aserbaidshans zweimal zu einer militärischen Aggression gegen Arzach geführt – 2016 und 2020. Die Durchführung der aktuellen Übung erachten wir als eine echte Sicherheitsbedrohung für Armenien und Arzach. Wir fordern die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, unsere Bemühungen um die Schaffung eines den Aufbau von Vertrauen in unserer Region begünstigenden Umfelds zu unterstützen und auf solche provozierenden Handlungen, die auch klare Verstöße gegen das Wiener Dokument darstellen, zu reagieren.

Frau Vorsitzende,

wir sind davon überzeugt, dass das politisch-militärische Instrumentarium der OSZE seinem Ziel der Förderung von Vertrauen durch die Verbesserung der Transparenz und die Vermeidung von Fehleinschätzungen dienen sollte.

Dies vorausgeschickt, möchte ich das Forum im Sinne der Transparenz über die derzeit von den Streitkräften Armeniens durchgeführte Militärübung informieren, die nach dem Wiener Dokument nicht der Ankündigung unterliegt. Die taktische und der taktischen Ausbildung dienende Übung, die vom 16. bis 20. März dauern wird, wird gemäß dem Alarmierungsplan der armenischen Streitkräfte durchgeführt. An der Übung sind bis zu 7 500 Mann, 200 Raketen und Artilleriesysteme, 100 gepanzerte Fahrzeuge, mehr als 150 Panzerabwehrsysteme, 90 Flugabwehrsysteme sowie Heeresflieger beteiligt. Ziel der Übung ist es, sich ein Bild von der Einsatzbereitschaft der Truppen, der Führung und den schnellen Reaktionsfähigkeiten zu machen, die Koordination zwischen den zugehörigen, unterstellten und kampfunterstützenden Truppenteilen und Mitteln zu bewerten und eine Feuerleitausbildung im scharfen Schuss und mit taktisch-operativen Szenarien für Planübungen mit zwei Parteien durchzuführen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

970. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 976, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Frau Vorsitzende,

ich möchte von meinem Recht auf Erwidern auf die Erklärung der Delegation Armeniens zur Frage der von Aserbaidschan abgehaltenen Militärübungen Gebrauch machen.

Die operativ-taktischen Militärübungen werden von den aserbaidischen Streitkräften vom 15. bis 18. März 2021 durchgeführt. An den Übungen sind bis zu 10 000 Mann aus verschiedenen Komponenten, Truppengattungen, -formationen und -teilen der Streitkräfte beteiligt. Neben Land- und Luftstreitkräften sind dabei auch Reservekräfte, Kräfte der inneren Sicherheit, Zivilschutzeinheiten und Grenztruppen vertreten. Bei den Übungen werden auch bis zu 100 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, bis zu 200 Raketen und Artilleriesysteme verschiedenen Kalibers, Mehrfachraketenwerfer und Mörser, bis zu 30 Heeresfliegerkräfte sowie unbemannte Fluggeräte für verschiedene Zwecke eingesetzt. Zweck der Übungen ist unter anderem die Erfüllung von Aufgaben im Zusammenhang mit dem Kampf gegen terroristische Gruppen, insbesondere illegale bewaffnete Truppenformationen. Es sei auch besonders darauf hingewiesen, dass die Übungen kein Risiko für die Stabilität und Sicherheit in der Region darstellen und kein anderes Land in der Region außer Armenien seine Besorgnis über die Übungen geäußert hat.

Entgegen den Behauptungen Armeniens fallen diese Übungen nicht unter die militärischen Aktivitäten, die der vorherigen Ankündigung nach Kapitel V Absatz 40.1.1 des Wiener Dokuments bedürfen, weder in Bezug auf die Zusammensetzung des militärischen Personals noch auf die Anzahl des an den Übungen beteiligten militärischen Geräts. Nichtsdestotrotz hat das aserbaidische Verteidigungsministerium im Geiste der Transparenz die Durchführung der Übungen im Voraus angekündigt und gibt regelmäßig aktuelle Informationen zu den verschiedenen Phasen der Übungen heraus.

Apropos Militärübungen: Wir möchten das Forum darüber informieren, dass die armenischen Streitkräfte derzeit ebenfalls groß angelegte Militärübungen abhalten, die am 16. März begonnen haben und bis zum 20. März 2021 andauern werden. Nach Angaben des armenischen Verteidigungsministeriums sind an den Übungen rund 7 500 Soldaten,

200 Flugkörper, Raketen und Artilleriegeschütze, mehr als 150 Panzerabwehrsysteme, rund 100 gepanzerte Fahrzeuge und mehr als 90 Luftabwehrsysteme beteiligt.

Wir erinnern ferner daran, dass Armenien jahrzehntelang unter grober Verletzung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen und grundlegender OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen seine Streitkräfte illegal in den ehemals besetzten Gebieten Aserbaidschans stationiert, massive militärische Aufrüstung betrieben und zahllose illegale Militärübungen durchgeführt hat, wobei es diese Gebiete als Übungsgelände für seine Streitkräfte nutzte. Da die Gegenoffensive der aserbaidschanischen Streitkräfte im letzten Jahr die drei Jahrzehnte andauernde Besetzung aserbaidschanischer Gebiete beendet hat, ist Armenien nun gezwungen, seine bewaffneten Truppenteile innerhalb seiner eigenen Staatsgrenzen Übungen abhalten zu lassen. Es wäre also zu erwarten, dass Armenien öfter solche Übungen abhält.

Darüber hinaus möchten wir das Forum auf die beunruhigende Tatsache hinweisen, dass Armenien immer noch versucht, sein bewaffnetes Personal unter verschiedenen Vorwänden illegal in aserbaidschanisches Gebiet zu verlegen. So hat Armenien versucht, seine Soldaten in Zivil auf dem Landweg über die Straße durch den Bezirk Latschin in zivilen LKW und Baufahrzeugen unter Umgehung der Kontrollen durch das russische Friedenskontingent in aserbaidschanisches Hoheitsgebiet zu verlegen. Solche Versuche verstoßen gegen die Verpflichtungen Armeniens aus der trilateralen Erklärung vom 10. November 2020, die den Abzug der armenischen Truppen aus dem Hoheitsgebiet Aserbaidschans zeitgleich mit der Stationierung des Friedenskontingents der Russischen Föderation vorsieht. Darüber hinaus gab Aserbaidschan im Einklang mit der trilateralen Erklärung seine Zustimmung, den Verkehr von Zivilisten, Lastkraftwagen und Gütern über die Straße, die durch den Bezirk Latschin führt, ausschließlich für humanitäre Zwecke zu erleichtern. Der Versuch, sie für illegale militärische Zwecke zu missbrauchen, stellt einen schweren Verstoß gegen die trilaterale Erklärung sowie gegen grundlegende OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen dar.

In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass die aus 62 armenischen Soldaten bestehende Sabotagegruppe Ende November 2020 nach der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung in das Hoheitsgebiet Aserbaidschans verlegt wurde und eine Reihe von Anschlägen auf aserbaidschanische Militärangehörige und Zivilpersonen verübte, bei denen vier Soldaten und eine Zivilperson ums Leben kamen. Das führte zu ernststen militärischen Spannungen, bevor die Gruppe im Zuge eines aserbaidschanischen Antiterrorereinsatzes festgenommen wurde. Um eine Wiederholung solcher Vorfälle und ein Wiederaufflammen der Spannungen in der Region zu verhindern, muss Armenien seine aussichtslosen Versuche einstellen, sein Militärpersonal illegal in das Hoheitsgebiet von Aserbaidschan zu entsenden. Armenien sollte auch damit aufhören, seine Soldaten zu zwingen, gegen ihren Willen auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates militärisch aktiv zu werden und sich selbst in Gefahr zu bringen, was unter anderem eine eklatante Verletzung der Menschenrechte von Soldaten darstellt.

Abschließend fordern wir Armenien eindringlich auf, sich auf die Umsetzung seiner politisch-militärischen Verpflichtungen in gutem Glauben zu konzentrieren, anstatt seine endlosen Narrative und unbegründeten Anschuldigungen gegen Aserbaidschan im FSK fortzusetzen; und es sollte seine destabilisierenden Handlungen und Erklärungen einstellen, die geeignet sind, die Umsetzung der trilateralen Erklärung vom 10. November

2020 und den Prozess der Konfliktnachsorge und Versöhnung zu untergraben. Die trilaterale Erklärung gibt klare Leitlinien für die Erreichung von dauerhaftem Frieden, Sicherheit und Stabilität in unserer Region vor und ist daher ohne Vorbehalte umfassend umzusetzen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Frau Vorsitzende.

970. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 976, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Frau Vorsitzende,

ich habe mich zu Wort gemeldet, um von meinem Recht auf Erwiderung auf die Fragen Gebrauch zu machen, die von der Delegation Armeniens aufgeworfen wurden.

In früheren Sitzungen sowohl des Forums für Sicherheitskooperation als auch des Ständigen Rates haben wir mehrmals ausführlich über die gemeinsame Übung „Winter 2021“ informiert, die unser Land und Aserbaidshans vom 1. bis 12. Februar in Kars (Türkei) durchgeführt haben. Ich werde mich daher hier sehr kurzfassen.

Die Übung fand auf Bataillonsebene statt. Die Anzahl des beteiligten militärischen Personals und Geräts lag unter den im Wiener Dokument 2011 festgelegten Schwellenwerten.

Dementsprechend erfolgte keine vorherige Ankündigung der Übung.

Die Türkei übermittelte jedoch im Sinne von Treu und Glauben Informationen über diese militärische Aktivität über die offiziellen Kanäle.

Die armenische Delegation hat nach den Kriterien für die Übermittlung von Informationen über solche Übungen gefragt. Was die Türkei betrifft, sind die Kriterien die im Wiener Dokument verankerten Schwellenwerte.

Der Art und Weise, wie die armenische Delegation in ihren Erklärungen immer wieder auf diese gemeinsame Übung zurückkommt, entnehmen wir, dass unsere Kolleginnen und Kollegen dort ein Problem mit den Schwellenwerten und Bestimmungen des Wiener Dokuments haben. Wir fordern sie daher dringend auf, sich den Bemühungen um eine Modernisierung des Wiener Dokuments anzuschließen und ihre Vorschläge einzubringen.

Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass die armenische Delegation um der „Transparenz“ willen Informationen über die derzeit von den armenischen Streitkräften durchgeführte Übung zur Verfügung gestellt hat. Bekanntlich hat Armenien jedoch seit Juli 2020 einseitig die Umsetzung seiner Zusagen und Verpflichtungen gegenüber der Türkei aus dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa und dem Wiener Dokument ausgesetzt. Es ist dies ein klarer Verstoß gegen rechtlich und politisch verbindliche Dokumente. Wenn es

Armenien ernst damit ist, die Transparenz erhöhen zu wollen, erwarten wir, dass es diese Entscheidung zurücknimmt.

Frau Vorsitzende, ich ersuche Sie höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Danke.

970. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 976, Punkt 2 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

dem Grundsatz der freiwillig geübten Transparenz folgend, möchten wir unsere geschätzten Kolleginnen und Kollegen im Forum für Sicherheitskooperation über die für März dieses Jahres geplanten Übungen der Streitkräfte der Russischen Föderation informieren.

Vom 16. bis 22. März wird auf Truppenübungsplätzen in den Regionen Orenburg und Kemerowo eine Stabsrahmenübung mit Truppengruppierungen (Streitkräften) des Militärbezirks Mitte durchgeführt. An der Übung werden insgesamt bis zu 11 500 Mann (bis zu 5 750 Soldatinnen und Soldaten pro Truppenübungsplatz, wobei die Region Kemerowo nicht zur Anwendungszone des Wiener Dokuments 2011 gehört), etwa 250 Waffen und Geräte sowie bis zu 50 Luftfahrzeuge beteiligt sein. Es sei darauf hingewiesen, dass eine verpflichtende Ankündigung und Einladung von Beobachtern nach dem Wiener Dokument in diesem Zusammenhang nicht vorgesehen sind.

Vom 19. bis 26. März wird auf dem Gebiet der Region Transbaikalien eine Rahmenübung der Luftstreit- und -verteidigungskräfte des Militärbezirks Ost abgehalten. An der Übung werden bis zu 7 000 Mann, etwa 2 000 Waffen und Geräte sowie bis zu 120 Luftfahrzeuge und Hubschrauber beteiligt sein.

Vom 29. März bis 2. April ist ebenfalls auf dem Gebiet der Region Transbaikalien eine Stabsrahmenübung mit Truppenverbänden (Streitkräften) des Militärbezirks Ost geplant. Daran werden bis zu 9 000 Mann, rund 3 000 Stück militärische Ausrüstung und bis zu 80 Luftfahrzeuge beteiligt sein.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/976

17 March 2021

Annex 6

GERMAN

Original: ENGLISH

970. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 976, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER VERTRETUNG DES KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS

Gemeinsam mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und in Partnerschaft mit renommierten Forschungs- und Hochschulinrichtungen wie dem Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, dem Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO-Universität) und dem Wiener Zentrum für Abrüstung und Non-Proliferation hat das Konfliktverhütungszentrum der OSZE einen Aufruf zur Einreichung von Beiträgen für den zweiten OSZE-IFSH-Essay-Wettbewerb 2021 zum Thema konventionelle Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) für Studierende und Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger veröffentlicht.

Nach dem ersten und sehr erfolgreichen Wettbewerb im Jahr 2020 soll der Wettbewerb 2021 den kontinuierlichen Aufbau von Wissen und Expertise zu konventioneller Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen bei der OSZE unter Studierenden und Hochschulabgängern, die sich für Friedens- und Sicherheitsstudien interessieren, fördern.

Wir ermutigen die Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner, an Universitäten und einschlägigen Forschungseinrichtungen sowie in staatlichen Stellen Informationen über den Essay-Wettbewerb zu verbreiten.

Der Aufruf zur Einreichung von Beiträgen wird unter der Dokumentennummer SEC.INF/12/21 vom 18. März 2021 verbreitet und ist auch auf der OSZE-Website unter zu finden:

<https://www.osce.org/OSCE-IFSH-Essay-Competition-CSBMs-2021>

Ich möchte darum ersuchen, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke, Frau Vorsitzende.

970. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 976, Punkt 3 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION MONTENEGROS**

Frau Vorsitzende,

ich danke für die Erteilung des Wortes. Ich möchte kurz über das jüngste Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) berichten.

Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Teilnehmerstaaten,

Montenegro hatte die Ehre, den Vorsitz bei der Schlussitzung des 31. Jährlichen Treffens zu Beurteilung der Durchführung zu führen, das am 2. und 3. März 2021 in Wien stattfand. Aufgrund der anhaltenden Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie wurde die Sitzung als Videokonferenz über Zoom abgehalten.

Das 31. AIAM wurde unter dem Vorsitz der Vereinigten Staaten von Amerika im Einklang mit dem FSK-Beschluss Nr. 7/20, der kommentierten Tagesordnung und dem vorläufigen Zeitplan, die unter der Dokumentennummer FSC.AIAM/1/21/Corr.1 herausgegeben wurden, organisiert. Das Treffen fand unter dem gemeinsamen Vorsitz der Mongolei und Montenegros statt und bestand aus einer Eröffnungssitzung, drei Arbeitssitzungen und einer Schlussitzung.

Das Treffen war mit insgesamt 294 angemeldeten Teilnehmerinnen (69) und Teilnehmern (225) aus den Teilnehmerstaaten, den Ländern der Kooperationspartner, internationalen Organisationen und dem Ständigen Rat und dem Konfliktverhütungszentrum der OSZE gut besucht. Die große Mehrheit, 260, vertrat Teilnehmerstaaten.

Ziel des Treffens war es, Optionen zu sondieren und nach Möglichkeiten zu suchen, die Durchführung des Wiener Dokuments 2011 gemeinsam voranzubringen. Es war eine lohnende und erfolgreiche Veranstaltung, die neue Ideen hervorbrachte, Fragen aufwarf und einige Lösungen sowie Mittel und Wege zur weiteren Verbesserung der Durchführung aufzeigte. Ich möchte daher meine tiefe Genugtuung über den Verlauf des Treffens zum Ausdruck bringen und noch einmal allen Delegationen für ihr Engagement und ihre wertvollen Beiträge zu den zweitägigen, fruchtbaren Diskussionen danken. In Fortsetzung

dieser Erörterungen freuen wir uns auf die weitere Entwicklung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen.

Ich möchte Sie darüber informieren, dass die Ausführungen des Vorsitzenden der Schlussitzung des 31. AIAM unter der Dokumentennummer FSC.AIAM/21/21 am 5. März 2021 verteilt wurden und dass das Journal des Treffens unter FSC-AIAM.JOUR/24 zur Verteilung gelangte. Die Verteilung der konsolidierten Zusammenfassung wird zu gegebener Zeit erfolgen.

Frau Vorsitzende,

ich möchte bei dieser Gelegenheit auch dem FSK-Vorsitz der Vereinigten Staaten, dem Konfliktverhütungszentrum, den beiden Vorsitzenden, den Koordinatorinnen und Koordinatoren, den Berichterstatterinnen und Berichterstattern der Arbeitssitzungen sowie dem gesamten Logistikpersonal unsere Anerkennung für die hervorragende Vorbereitung und Durchführung dieses wichtigen Treffens unter den Umständen der gegenwärtigen Pandemie aussprechen.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

970. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 976, Punkt 3(e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Frau Vorsitzende,
Exzellenzen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte Sie darüber informieren, dass die Republik Serbien am 17. und 18. April 2021 auf dem Militärgelände von Pasuljanske Livade und von Orešac die nationale TSK-übergreifende taktische Übung im scharfen Schuss *Response 2021* durchführen wird.

Die Übung dient ganz allgemein dem Zweck, die Entschlossenheit, Fähigkeit und Feuerkraft der Truppenteile der serbischen Streitkräfte und das hohe Maß an Synergie und Zusammenarbeit zwischen den serbischen Streitkräften und dem Innenministerium der Republik Serbien bei der Reaktion auf Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen für die Sicherheit der Republik unter Beweis zu stellen.

Die taktischen Ziele der Übung sind: praktische Ausbildung der Truppenteile der Luftwaffe und der Luftverteidigung bei der Bereitstellung von Luftunterstützung für das Heer, für die Sondereinsatzkräfte und das Innenministerium der Republik Serbien; Steigerung der Fähigkeiten der Truppenteile der serbischen Streitkräfte zur Durchführung von taktischen Aktivitäten und Verfahren im Kampfeinsatz und zur erfolgreichen Durchführung von Aufgaben im scharfen Schuss unter verschiedenen Gelände- und Wetterverhältnissen; Verbesserung des Zusammenwirkens innerhalb der Truppenteile der serbischen Streitkräfte und des Innenministeriums der Republik Serbien.

Für die Durchführung der Übung verantwortlich ist die Heereskommandoführung der serbischen Streitkräfte.

An der Übung sollen alle Komponenten des Heeres, der Luftwaffe und der Luftverteidigung, Spezialtruppenteile der serbischen Streitkräfte sowie das Innenministerium der Republik Serbien teilnehmen.

Aufgrund der aktuellen Probleme und der Unterbrechung der Funktion der Integrierten Notifikationsanwendung (INA) hat das Verifikationszentrum der Republik Serbien die Ankündigung der Übung im F25-Format noch nicht übermittelt. Unmittelbar nach der

Wiederaufnahme des normalen Betriebs der INA wird das Format über das OSZE-Kommunikationsnetz allen OSZE-Teilnehmerstaaten übermittelt werden.

Diese Ankündigung der bevorstehenden Aktivität der serbischen Streitkräfte ist zwar nach den Bestimmungen des Wiener Dokuments 2011 nicht verpflichtend, aber Ausdruck des guten Willens und der Unterstützung seitens der Republik Serbien für den Aufbau von Vertrauen und Sicherheit sowohl in der Region als auch im OSZE-Raum.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.